

Wir Berlinerinnen

*Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin und
seiner Mitgliedsverbände*

Inhalt

Frauenpolitik Berlin- Brandenburg

Portraits: Senator Gysi, Staats-
sekretärin Nickel

Fusion von SFB und ORB ge-
gen die Frauen beider Länder
wird scheitern

Frauenpolitik im Bund

Gender Mainstreaming
als neues Prinzip in der Gleich-
stellungspolitik

LFR aktuelle Debatte

„Lila trifft Handy“. Die Frauen-
bewegung ist tot – es lebe die
Frauenbewegung

Frauen an die Macht. Wie es
Frauen gelingt einflussreicher
zu werden.

LFR Netzwerk

Frauen in der Wirtschaft.
Netzwerkabend des B.F.B.M.

Deutscher Frauenbund für alko-
holfreie Kultur e.V.

LFR Nachrichten

LFR Kultur und Medien
Buchtipps

Liebe Leserinnen

Mit dem neuen Jahr hat auch ein neues Senatszeitalter
begonnen. Wir haben nun eine Senatsverwaltung für Wirt-
schaft, Arbeit und Frauen und damit auch einen neuen
Senator, Herrn Dr. Gysi, und eine neue Staatssekretärin,
Frau Prof. Dr. Nickel. Beide wollen wir in der vorliegenden
Ausgabe von *Wir Berlinerinnen* vorstellen.

Darüber hinaus gibt es einen Bericht aus dem Rundfunk-
rat, denn es stellt sich die Frage, welche Folgen die Fusion
von SFB und ORB insbesondere für die dort arbeitenden
Frauen mit sich bringt.

Das Gender-Mainstreaming-Prinzip, an dem die Bundes-
regierung arbeitet, wird vorgestellt. Es gibt einen Bericht
aus der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Netzwerk der Wirt-
schaftsverbände B.F.B.M. und der Deutsche Frauenbund
für eine alkoholfreie Kultur stellen sich vor. Und vieles
mehr ...

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ihr

Landesfrauenrat Berlin e.V.



LANDESFRAUENRAT BERLIN

Frauenpolitik Berlin-Brandenburg

Portraits: Senator Gysi	Seite 1
Staatssekretärin Nickel	Seite 2

Fusion von SFB und ORB gegen die Frauen beider Länder wird scheitern	Seite 3
Zwei-Länder-Anstalt mit besseren Gleichstellungs-Regelungen!!	Seite 4

Frauenpolitik im Bund

Gender Mainstreaming als neues Prinzip in der Gleichstellungspolitik	Seite 5
--	---------

LFR aktuelle Debatte

„Lila trifft Handy“	Seite 6
Frauen an die Macht	Seite 8

LFR Netzwerk

Frauen in der Wirtschaft	Seite 10
Deutscher Frauenbund für eine alkoholfreie Kultur	Seite 11

LFR Nachrichten

	Seite 12
--	----------

LFR Kultur und Medien

	Seite 15
--	----------

Portraits:

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen



Kurz-Info

Martin-Luther-Straße 105, D-10820 Berlin
Pressestelle/Pressesprecher: Claus Guggenberger
Telefon (030) 90 13 74 18, Telefax (030) 90 13 82 81
E-Mail: pressestelle@senwitech.verwalt-berlin.de
Internet: www.berlin.de/wirtschaftssenat

Dr. Gregor Gysi, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin

- geboren: 16. Januar 1948 in Berlin
- Familienstand: verheiratet, drei Kinder

Beruflicher Werdegang

- Polytechnische Oberschule (1954-1962)
- Erweiterte Oberschule „Heinrich Hertz“ (1962-1966)
- Ausbildung zum Facharbeiter für Rinderzucht im VEG Blankenfelde (1962-1966)
- Abitur (1966)
- Jurastudium an der Humboldt-Universität Berlin (1966-1970)
- Richterassistent (1970-1971)
- Assistent beim Kollegium der Rechtsanwälte (1970-1971)
- Promotion (1976)
- Rechtsanwalt in Berlin (seit 11/1971)
- Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte in Berlin (04/1988- 12/1989)
- Vorsitzender des Rates der Vorsitzenden der Kollegien der Rechtsanwälte in der DDR (05/1988-12/1989)
- Mitglied der Gewerkschaft HBV
- Mitglied in der Vereinigung Demokratischer Juristen
- Bürgermeister von Berlin und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (ab 18. Januar 2002)

Politische Tätigkeit

- Vorsitzender der SED/PDS (Dez. 1989 – Jan. 1990)
- Vorsitzender der PDS (Feb. 1990 – Jan. 1993)
- Mitglied der Volkskammer (8. März – 2. Oktober 1990)
- Mitglied des Deutschen Bundestages (3. Oktober 1990 – 31. Januar 2002)
- Vorsitzender der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag (1990 – 1998)
- Vorsitzender der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag (1998 – Okt. 2000)

Veröffentlichungen (Auswahl)

- „Handbuch der Rechtsanwälte“
- „Das war's. Noch lange nicht“ (Biographische Notizen)
- „Ein Blick zurück – Ein Schritt nach vorn“ 2001

Quelle: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Quellenangabe erwünscht



Kurz-Info

Martin-Luther-Straße 105, D-10820 Berlin
 Pressestelle
 Telefon (030) 90 13 74 18, Telefax (030) 90 13 82 81
 E-Mail: pressestelle@senwafb.frau.verwalt-berlin.de
 Internet: www.berlin.de/wirtschaftssenat

Hildegard Maria Nickel, Prof. Dr., Staatssekretärin für Wirtschaft, Arbeit und Frauen

- geboren: 17. September 1948 in Berlin
- Familienstand: geschieden

Beruflicher Werdegang

- Studium der Kulturwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (1968-1972)
- Promotionsstudium in der Soziologie, Promotion zum Dr. phil. an der Humboldt-Universität (1977) auf dem Gebiet der Familiensoziologie
- Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bildungssoziologie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (1977-1987)
- Habilitation (Dissertation B und facultas docendi) 1986 an der Humboldt-Universität zu Berlin auf dem Gebiet der Geschlechtersoziologie
- Dozentin am Institut für Soziologie der Humboldt-Universität zu Berlin (seit 1987)
- Dekanin des Fachbereichs für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (1990-1993)
- Wissenschaftliche Leiterin des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin seit 1993
- Ruf auf eine C 3-Professur an der HU Berlin (1992), Lehr- und Forschungsgebiete: Soziologie der Arbeit und Geschlechterverhältnisse, sozialer Wandel in den neuen Bundesländern; Umstrukturierung des großbetrieblichen Dienstleistungssektors
- Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (seit 23. Januar 2002)

Lehre im Ausland

- University of Toronto, Kanada (1992 und 1995)
- Indiana University, USA (1996)
- Duke University, USA (1997)
- University of Wolverhampton, GB (2001)

Politische Tätigkeit

- parteilos

Quelle: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Quellenangabe erwünscht

Frauenpolitik Berlin-Brandenburg

Fusion von SFB und ORB gegen die Frauen beider Länder wird scheitern

Nun ist es soweit. Der Staatsvertrag über die Einrichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg befindet sich in der parlamentarischen Beratung der beiden Landesparlamente.

Von den politisch Verantwortlichen wird auf Tempo gedrückt. Schnell soll alles gehen, in einem Jahr soll der neue Sender bereits funktionieren.

Der Landesfrauenrat Berlin, der Zusammenschluss von 45 Frauenverbänden, also Sprachrohr von ca. 190 000 Frauen dieser Stadt, ist bestürzt über das politische Vorgehen beim Staatsvertrag.

Chancengleichheit, Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf allen Ebenen der Gesellschaft wird in diesem Staatsvertragsentwurf mit Füßen getreten. Selbst die rechtliche Grundlage, das Landesgleichstellungsgesetz scheint ausgehebelt zu werden.

Der Landesfrauenrat hat bei den Beratungen im Rundfunkrat seine Bedenken und somit die Änderungswünsche eingebracht. Sie fanden die Zustimmung des Rundfunkrates.

Wenn der Landesfrauenrat bedauerlicherweise nicht selbst zur Anhörung am 6. März im Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten und Medienpolitik gebeten wurde, trug Frau Brinkmeier als Vorsitzende des Rundfunkrates unsere Änderungswünsche vor.

Große Hoffnung setzt der Landesfrauenrat nun in die Parlamentsvertretungen, damit der gesamte Rundfunkstaatsvertrag auf die Bestimmungen des Landesgleichstellungsgesetzes überprüft und angepasst wird.

Dazu gehören unter anderem folgende Bestimmungen:

Die Frauenvertreterin der neuen Anstalt ist zu wählen.

Ihre Aufgaben und Verpflichtungen sind im Landesgleichstellungsgesetz verankert und finden somit auch für die neue Anstalt Verwendung.

Die geschlechterparitätische Zusammensetzung des künftigen Rundfunkrates ist zu sichern.

Der Landesfrauenrat Berlin und der frauenpolitische Rat Brandenburg erwarten je einen Sitz im neuen Rundfunkrat.

Die im Paragraph 1 Absatz 2 gewählte Formulierung „alle Funktionsbezeichnungen gelten für Männer und Frauen“ bedeutet für den Landesfrauenrat ein Rückschritt um mehr als 20 Jahre.

Daher hat auch hier eine zeitgemäße Anpassung zu erfolgen und zwar im gesamten Staatsvertragsentwurf ist eine durchgängige geschlechtsneutrale Personenbezeichnung bzw. die weibliche und die männliche Sprachform zu wählen.

Der Landesfrauenrat hat leider den Eindruck, dass auch nach der Anhörung am 6. März 2002 ein Stillstand und eine Verfestigung zu beobachten ist.

Wenn die Fusion von SFB und ORB als Testfall für eine Vereinigung von Berlin und Brandenburg zu werten ist, wird sie ohne Veränderungen des Staatsvertrages im Sinne der Gleichberechtigung von Frauen und Männern scheitern, denn gegen die Frauen beider Länder wird es keinen zukunftsweisenden Staatsvertrag geben.

Helga Korthaase
(1. Vorsitzende des LFR-Berlin)

Zwei-Länder-Anstalt mit besseren Gleichstellungs-Regelungen !!

Die SFB-Mitarbeiterinnen haben auf der außerordentlichen Frauenversammlung am 11. März 2002 einstimmig beschlossen:

Der eingeschlagene Weg zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern kann und muss mit der Fusion von SFB und ORB fortgesetzt werden. Dazu bedarf es auch in der künftigen Zwei-Länder-Anstalt verbindlicher Gleichstellungsregelungen. Keinesfalls darf es zu einer Verschlechterung für die Frauen von SFB und ORB kommen.

Bisher gelten für den SFB und den ORB die jeweiligen Landesgleichstellungsgesetze. Von beiden Gesetzen ist das Berliner Landesgleichstellungsgesetz das in mehreren Punkten weiter gehende. Es sieht zum Beispiel vor, dass die weiblichen Dienstkräfte eine Frauenvertreterin **wählen**. Demgegenüber ist im Brandenburger Pendant vorgesehen, dass die Geschäftsleitung eine Gleichstellungsbeauftragte **bestellt**. Ein ähnliches Modell gibt es beispielsweise im Deutschlandradio, das die Position der Gleichstellungsbeauftragten kürzlich rund acht Monate unbesetzt gelassen hat.

Das Berliner Gesetz schreibt darüber hinaus vor, dass Frauen in Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, bei gleicher Qualifikation zu bevorzugen sind. Eine solche Regelung kennt das Brandenburger Gesetz nicht.

Im Sinne der gesellschaftlichen Vielfalt halten wir es für unabdingbar, dass die Gremien der künftigen Anstalt geschlechtsparitätisch besetzt werden. Die Formulierung im Entwurf des Staatsvertrages für die Fusion von SFB und ORB: „Frauen sind angemessen zu berücksichtigen“ reicht nicht aus. Dem haben sich auch die Rundfunkräte von SFB und ORB angeschlossen. Im NDR-Staatsvertrag oder dem WDR-Gesetz gibt es detailliertere Vorgaben. Die Erfahrung aus der Fusion von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk zeigt, dass „Soll,- und „Kann,-Bestimmungen im Staatsvertrag nicht zu einer paritätischen Gremienbesetzung führen.

Der Fusionsprozess ist nur **mit den** und nicht **gegen die** Beschäftigten möglich. In beiden Häusern stellen Frauen etwa die Hälfte des Personals, allein beim SFB sind das etwa 600 fest angestellte und hunderte freie Mitarbeiterinnen.

Die Frauenversammlung des SFB fordert daher:

- Das Berliner Landesgleichstellungsgesetz muss auch für die fusionierte Anstalt gelten.
- Das Zusammengehen der beiden Sender darf nicht zu einem Abbau der Mitbestimmungsrechte führen.
- Der SFB hat 1989 als eine der ersten ARD-Anstalten eine „Dienstvereinbarung zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im SFB“ verabschiedet. Diese Dienstvereinbarung muss erhalten bleiben beziehungsweise fortgeschrieben und aktualisiert werden.
- Im Staatsvertrag muss die geschlechtsparitätische Besetzung der Gremien verankert werden.

Wir appellieren an die Intendanten von SFB und ORB sowie die Chefs der Senatskanzlei in Berlin und der Staatskanzlei in Brandenburg, die Interessen der weiblichen Beschäftigten durchzusetzen. Wir fordern die Politik auf, den Staatsvertrag in den oben angesprochenen Punkten zu ändern oder zu ergänzen.

Frauenpolitik im Bund**Gender Mainstreaming als neues Prinzip in der Gleichstellungspolitik**

Zunächst einmal eine Definition: „Gender“ steht im Englischen für die soziale Dimension von Geschlecht und für die gesellschaftlich bestimmten Rollen, Rechte und Pflichten; „Mainstreaming“ steht für ein Konzept, die Gleichstellung der Geschlechter und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Perspektiven von Frauen und Männern zu einer „Hauptströmung“ und einem wesentlichen Planungsaspekt von Organisation zu machen.

Es geht also um einen geschlechtsbezogenen und geschlechtersensiblen Ansatz von Politik. In der Definition der Europäischen Kommission klingt das folgendermaßen:

Es geht darum, „die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken, sondern zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ausdrücklich sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen einzuspannen, indem nämlich die etwaigen Auswirkungen auf die Situation von Frauen und Männern bereits in der Konzeptionsphase aktiv und erkennbar integriert werden. Dies setzt voraus, dass diese politischen Konzepte und Maßnahmen systematisch hinterfragt und die etwaigen Auswirkungen bei der Festlegung und Umsetzung berücksichtigt werden.“

Zu den Umsetzungsaktivitäten der Bundesregierung gehören die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe auf Leitungsebene zur Verbesserung der Gleichstellung unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die geplante Entwicklung eines Kriterienkataloges, der auf die stärkere Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Fragen in der laufenden Arbeit und Maßnahmenplanung der Bundesrepublik hinwirkt.

Durch die Umsetzung von beispielhaften konkreten politischen Vorhaben nach dem Mainstreaming-Ansatz sollen Vorgehensweisen für die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive bei allen politischen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen entwickelt werden.

Gender Mainstreaming ersetzt nicht die Notwendigkeit gezielter Frauenförderung. Im Gegenteil: Gender Mainstreaming ist ausdrücklich als Ergänzung zu spezifischen Frauenfördermaßnahmen zu verstehen und umzusetzen.

Gender Mainstreaming setzt demgegenüber bei allen politischen Entscheidungen an, auch bei denen, die auf den ersten Blick keinen geschlechtsspezifischen Problemgehalt haben.

Die Durchführung von Gender Mainstreaming macht transparent, dass Politik nicht geschlechtsneutral ist.

Spezifische Frauenförderpolitik und Gender Mainstreaming sind damit zwei unterschiedliche Strategien für die Erreichung derselben Zielsetzung, nämlich der Gleichstellung von Männern und Frauen und dem stetigen Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierung. Beide Strategien sind zur Zielerreichung notwendig und ergänzen sich gegenseitig in einem effektiven Gesamtkonzept; sie können sich nicht ersetzen.

(Auszüge aus einer Rede der Parlamentarischen Staatssekretärin (BMFSFJ/Abt.4) am 17. März 2001 zum Thema „Gender Mainstreaming und Feminismus“, ursprünglicher Textentwurf: B. Schweikert)

Literatur:

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend: Programm „Frau und Beruf“. Aufbruch in der Gleichstellungspolitik. Bonn 1999

Schweikert, Birgit: Von der Personalentwicklung bis zum Strahlenschutz. In: Informationen für die Frau 6/01

Stiegler, Barbara: Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreaming. Bonn 2000

Internet:

www.gender-mainstreaming.net

LFR aktuelle Debatte**„Lila trifft Handy“****Die Frauenbewegung ist tot - es lebe die Frauenbewegung**

Da traf am 8. März 2002 die Generation „Lila“ auf die Generation „Handy“* um die Frage nach dem Sein oder Nichtsein der deutschen Frauenbewegung zu klären. Dringliches Anliegen der Teilnehmerinnen zu Beginn der Podiumsdiskussion war zu erklären, dass die Generation „Lila“ durchaus über Handys verfüge und sich dem Neuen, was da gekommen ist und noch kommen wird, nicht verschließe, die Generation „Handy“ ihrerseits mehr als SMSen, WAPen und Raven im Kopf habe und das Handy auch schon mal bewusst ausstelle. Darin waren sich die Teilnehmerinnen also einig: In eine Schublade mag sich keine stecken lassen. Einigkeit herrschte auch darüber, dass eine Gleichberechtigung der Geschlechter - was immer frau darunter verstehen mag - in der Gesellschaft noch nicht erreicht ist.

Auch Schock und Grusel gab es beiderseits: Die einen entsetzen sich über den rechtlosen Zustand der Frau „damals“, als der Ehemann das Arbeitsverhältnis seiner Ehefrau kündigen konnte, und das bis Mitte der 70er Jahre. Die anderen lauschten schockiert, dass in den Schulen nach wie vor grausiges reaktionäres Gedankengut über die traditionelle Kleinfamilie via Lehrbuch verbreitet wird und kleine Paschas im Hauswirtschaftsunterricht den Mädchen die Drecksarbeit aufhalsen wollen.

Doch das war's dann auch schon mit den Gemeinsamkeiten. Schnell schienen sich die Positionen zu polarisieren: Traditioneller Opferfeminismus versus individueller Powerfeminismus. Feminismus sei unattraktiv geworden, so argumentierte Marianne Wellershof, die jungen Frauen von heute wollten sich nicht mehr mit Opfern identifizieren. Da täte dem Feminismus und der Frauenbewegung offenbar eine Imageberatung gut. Und nicht nur das.

Zusammen mit Susanne Weingarten plädiert Marianne Wellershof für eine neue Frauenbewegung.** Ebenso wie vor ihnen Naomi Wolf*** klagen sie die Frauenbewegung an, an anachronistischen Glaubenssätzen festzuhalten, die Zeichen der Zeit zu verkennen und statt den Dialog mit der Jugend zu suchen, lieber das Klagegeheul der von den jungen Frauen verratenen Kämpferinnen für die (weiblichen) Opfer des Patriarchats anzustimmen.

Dass diese Kämpferinnen, in persona Christine Bergmann, Lore Maria Peschel-Gutzeit und Alice Schwarzer, keine Dankbarkeit und Heldinnenverehrung erwarten, sondern Anerkennung für ihre Leistungen, scheint da keine Rolle zu spielen. Auch die Warnung Alice Schwarzers, mit Frauenpolitik und Feminismus nicht wieder bei Null anzufangen, stößt auf Unverständnis. Dabei würde das wirklich Sinn machen. Dana Lüddemann beispielsweise könnte sich das Leben einfacher machen, müsste sie sich bei der Diskussion um die Quote in der BundesschülerInnenvertretung nicht die Argumente aus den Fingern saugen, sondern würde den Gewerkschafterinnen und Politikerinnen zuhören, die die Quotendebatte schon vor Jahren erfolgreich durchstritten haben. (Die Tatsache, dass die Frauenquote immer noch nicht wie andere z.B. Länderquoten - oder hat sich schon einmal jemand beklagt, er fühle sich als Alibi-Bayer? - überall selbstverständlich ist, gehört wohl auch in das Kapitel Gruseln für Feministinnen, siehe oben)

Und das ist das eigentlich Ärgerliche an dieser Diskussion um den Generationenwechsel. Statt das bisher Erreichte und die dazu verwandten Methoden und Theorien einer kritischen, aber differenzierten Revision zu unterziehen und den eigenen politischen Weg auf dieser Basis zu beschreiten, wird den Müttern der Bewegung kräftig vor's ideologische Schienbein getreten. Es steht außer Frage, dass junge Frauen freier sind als die Generation ihrer Mütter. Die Forderungen und Kämpfe der Frauenbewegung haben nicht zu übersehende gesellschaftliche Veränderungen bewirkt - das gibt sogar Marianne Wellershof zu. Aber dennoch, so sagt sie in ihrem Buch, habe sich die 2. Frauenbewegung die Entfremdung zu einem gro-

ßen Teil der Frauen selbst zuzuschreiben, eben weil sie an den alten Dogmen festhalte. Altersstarrsinn sozusagen. Aber sind die Alten tatsächlich so starrsinnig?

Christine Bergmann macht deutlich, dass es ihr nicht um Frauenförderung geht „denn Frauen sind gut“, sondern um den Abbau von Barrieren. Das klingt nicht nach Opfermentalität. Und Alice Schwarzer sieht trotz aller Differenz auch viel Verbindendes zwischen den Generationen und möchte vor allem eins nicht vergessen: miteinander Spaß haben. Wohl doch nicht so sauerböfisch, die alten Feministinnen.

Es stellt sich die Frage, ob das Negativ-Image der Frauenbewegung gar nicht so selbstgemacht ist wie behauptet. Alice Schwarzer gibt darauf eine klare Antwort: Das, was wir sehen, ist das was wir sehen sollen, produziert von den Medien. Diese Behauptung ist nicht abwegig. Die Medien verstehen es gut, soziale Bewegungen zu domestizieren, zu kommerzialisieren und die InitiatorInnen ins Abseits zu drängen. Die Punk-Bewegung der 80er Jahre ist ein gutes Beispiel. Piercings sind inzwischen in, Punk-Mode längst schon wieder out, und nur eine kleine unpolitische Gruppe hängt noch Bier trinkend in dunklen Absteigen herum und lauscht den Klängen des Punkrocks oder schnorrt an U-Bahnhöfen das Geld für eine Großpackung Hundefutter für die 5 Hunde undefinierbarer Rasse, von denen sie begleitet werden. Der Öko-Bewegung erging es nicht viel anders. Bio-Produkte finden sich inzwischen in fast jedem Supermarkt und die Drogeriemärkte haben CDs mit Walgesängen in ihrem Sortiment. Aber die Zusammenhänge zwischen Globalisierung, neuer Armut, Umweltverschmutzung und BSE sind nur Eingeweihten bekannt. Die Medien jedenfalls halten sich bedeckt und berichten stattdessen auflagenfördernd über ein paar unverdrossene Verrückte, die sich dem Castor-Transport in den Weg werfen.

Auch die Frauenbewegung scheint im marktwirtschaftlichen Mediensumpf des Informationszeitalters untergegangen zu sein. Die Frau von heute ist modern, frei und selbstbewusst, nimmt sich, was sie will und hatten vor allen Dingen Spaß. Diskriminierung ist zwar furchtbar, aber doch ein individuelles, kein strukturelles Problem. Ironischerweise ist es genau das, was die Frauenbewegung deutlich machen wollte: Ungleichheit ist ein strukturelles Problem. Und das ist ihr auch gelungen. Die Strukturen verändern sich zwar nur langsam, aber sie tun es. Es haben sich Frauenforschung und Geschlechterforschung an den Universitäten etabliert, Änderungen in der Beschäftigungspolitik und in der Familienpolitik sind zu verzeichnen, Gender Mainstreaming hat seinen Weg in die Gewerkschaften und den öffentlichen Dienst gefunden und beinahe hätte es die erste Kanzlerkandidatin in der Geschichte der BRD gegeben. Aber das Erreichte ist längst nicht genug.

Eine Kooperation auf breiter Ebene, wie Marianne Wellershof sie fordert, scheint auch mir der richtige frauenpolitische Weg. Doch sollten wir keine neue Frauenbewegung ins Leben rufen. Denn Totgesagte leben länger und die Frauenbewegung hat nach wie vor viele Orte und viele Aktivistinnen. Die gilt es zusammenzubringen und neue zu gewinnen. Einen Muttermord braucht es hierfür aber nicht, vielmehr einen Schulterschluss zwischen Müttern und Töchtern, damit die nächsten Generationen nicht jedes Mal aufs Neue den Urschleim des Feminismus durchwatzen müssen, bevor sie zum Wesentlichen, nämlich der Gegenwart kommen. Dann bleibt auch noch Zeit für eine Menge Spaß miteinander.

Anja Feldhorst

* „Lila trifft Handy - Frauenpower im Generationenwechsel“ Veranstaltung mit Podiumsdiskussion in der Friedrich-Ebert-Stiftung am 08.03.02, Teilnehmerinnen der Gruppe „Lila“: Dr. Christine Bergmann, Bundesfrauenministerin; Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a.D.; Alice Schwarzer, Publizistin und Emma-Herausgeberin. Teilnehmerinnen der Gruppe „Handy“: Asisa-A, Rapperin und Moderatorin; Dana Lüddemann, BundesschülerInnenvertretung; Marianne Wellershof, Buchautorin „Die widerspenstigen Töchter“ und Journalistin beim SPIEGEL; Moderation: Patricia Schäfer, ZDF-Morgenmagazin

** Weingarten, Susanne; Wellershof, Marianne: Die widerspenstigen Töchter. Für eine neue Frauenbewegung. Köln 1999.

*** Wolf, Naomi: Die Stärke der Frauen. Gegen den falsch verstandenen Feminismus. München 1996.

Frauen an die Macht Wie es Frauen gelingt, einflussreicher zu werden

Die Klage ist nicht neu und schon seit Jahrzehnten gleich: Frauen sind ebenso qualifiziert wie Männer, haben aber nach wie vor schlechtere Chancen. Vor allem dann, wenn es um Leitungspositionen geht. Egal ob in der Politik, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft oder in der Kirche – Frauen kommen in einer männlich geprägten Umgebung nicht so zum Zuge, wie sie es eigentlich gern möchten.

Bei der Bundesarbeitskonferenz des KDFB im Februar 2001 referierte Dr. Cornelia Edding zu diesem Themenkomplex. Die Diplom-Psychologin bereitet Frauen und Männer auf Führungsaufgaben vor (= Coaching). In ihren Kursen, so berichtete sie, erlebe sie immer wieder, dass Frauen, die in ihrem Beruf eigentlich recht erfolgreich sind und einen relativ hohen Status genießen, sich dennoch beklagen: Männliche Kollegen werden häufiger in der Presse erwähnt, sie kommen häufiger zu Wort, ziehen sich wichtigere und Prestige fördernde Aufträge an Land ... Was machen Frauen falsch?

„Ich habe die Frauen gebeten, doch mal diejenigen genau zu beobachten, von denen sie finden, dass sie viel Einfluss haben, dass sie sichtbar sind, dass sie gehört werden“, so Cornelia Edding. Herausgekommen ist ein Sammelsurium unterschiedlicher Beobachtungen – nicht repräsentativ, aber anregend und aufschlussreich. Offenbar wirken eine Fülle von Faktoren zusammen, die einen Menschen einflussreich machen. Einflussreiche Menschen sind nicht nur inhaltlich gut vorbereitet. Sie haben sich Ziele gesteckt und verfolgen diese Ziele konsequent. Dabei denken sie auch immer an ihren Status in der Gruppe, und er ist ihnen wichtig. Sie gehen davon aus, dass es in Gruppen eine Rangordnung gibt, und sie tun etwas dafür, in dieser Rangordnung einen möglichst guten Platz zu bekommen.

Cornelia Edding hat aus diesen Beobachtungen einige Regeln abgeleitet, die sie Frauen mit auf den Weg gibt:

1. Wenn Sie akzeptieren, dass das Thema „Status“ immer mit verhandelt wird, dann brauchen Sie sich nicht zu kränken oder zu ärgern über Kollegen, die sich entsprechend verhalten.
2. Sie können und müssen entscheiden, ob Sie sich beteiligen möchten oder nicht. Wenn Sie sich nicht beteiligen, sind Sie nicht beteiligt.
3. Machen Sie sich und Ihren Status zu Ihrem Projekt, das Sie im Auge haben und betreiben.
4. Probieren Sie doch mal, Ihre Verdienste und Vorzüge heraus zu streichen! Die Welt wird schon nicht untergehen!
5. Melden Sie Ihre Ansprüche an und lassen Sie andere Ihre Position und Ihre Meinung wissen!
6. Achten Sie darauf, welche Rollenangebote Sie bekommen und halten Sie einen Moment inne, bevor Sie sich darauf einlassen.
7. Was für eine Art einflussreiche Frau wollen Sie sein? Machen Sie einen Zukunftsentwurf von sich selbst und erzählen Sie ihn. Vielleicht macht's Spaß!
8. Suchen Sie das Scheinwerferlicht! Übernehmen Sie Aufgaben mit hoher Sichtbarkeit. Sie werden sich schon dran gewöhnen.

9. Üben Sie schon mal Ihren Auftritt, damit Sie sich nicht plötzlich in den Kulissen wiederfinden.
10. Bereiten Sie sich mehrdimensional vor: Denken Sie nicht nur an den Inhalt, sondern auch an die Präsentation.

Cornelia Edding

Wenn man solche „Regeln“ betrachtet, wird einem vor allem deutlich: Sie sind richtig und falsch zugleich, sie sind vor allem aber plakativ. Sie gehen unreflektiert davon aus, dass Erfolg nur durch Anpassung und Übernahme „männlicher Spielregeln“ in einer männerdominierten Welt möglich ist. Sie definieren Erfolg allein als Teilhabe an der Macht (und nicht – was eine „weibliche Definition“ wäre – als Möglichkeit zur Ermächtigung!).

Dabei gibt es schon in der Wahrnehmung von Macht, im Ausüben von Führungskompetenz, in der dem Einfluss beigemessenen Bedeutung eklatante Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die eben auch auf die spezifischen Fähigkeiten von Frauen hinweisen (können).

Frauen setzen beispielsweise Macht ein, um Probleme zu lösen; Männer lösen Probleme, um Macht zu gewinnen (Pat Heim). Sybille Kremer hat den Perspektivwechsel einmal provokativ so benannt: Macht zu haben bedeutet für Frauen, dass sie etwas tun können (Blick in die Zukunft), für Männer, dass sie etwas getan haben (Blick in die Vergangenheit).

Richtig ist sicher, dass sich Frauen die Vor- und Nachteile ihres Stils ansehen sollten. Richtig ist sicher auch, dass sie die „Spielregeln des Erfolgs“ in einer männerdominierten Welt kennen sollten. Dann aber muss es doch auch darum gehen, Wertschätzung für die eigenen Kompetenzen zu gewinnen und aus dieser Wertschätzung heraus, selbstbewusst zu agieren.

Wenn stimmt, dass Männer Informationstransfer beispielsweise vorwiegend als Macht(erhaltungs)mittel nutzen, sollen sich Frauen tatsächlich Strategien überlegen, wie sie da mithalten können? Für Frauen bedeutet Informationstransfer eher Beziehungspflege. Auch daraus können sie Strategien ableiten, die sie erfolgreich und einflussreich machen!

Das Ziel von Frauen kann nicht einfach sein, einflussreicher zu werden und dabei eigene Identität und spezifische Kompetenzen preiszugeben. Frauen sollten weiterhin auf System- und Denkveränderungen hinarbeiten, damit in Politik, Wirtschaft, Kultur Frauen und Männer Lebensrecht, Einflussmöglichkeiten, Macht teilen.

Bringen Frauen ihre eigene Identität selbstbewusst als Qualität ein, unterstützen sie sich gegenseitig in ihren Strategien, erkennen sie ihre Veränderungspotentiale (und da gibt es noch viele Lernfelder!), dann wird sich die Definition von Erfolg und Einfluss, dann werden sich die Spielregeln des Erfolgs und der Einflussnahme auch verändern. Das als Ziel anzustreben, ist ebenso wichtig, wie Frauen in der Männerwelt an die Macht zu bringen.

Ida Lamp/Gabriele Klöckner

(Übernommen aus „Christliche Frau 2/02“ (Verbandszeitung: Katholischer Deutscher Frauenbund))

LFR Netzwerk**Frauen in der Wirtschaft****Ein Netzwerkabend des B.F.B.M.**

Am Vorabend des internationalen Frauentages trafen sich im Hotel Intercontinental mehrere Berufsnetzwerke auf Einladung der Berliner Regionalgruppe des Bundesverbandes der Frau im freien Beruf und im Management (B.F.B.M.). Als Gäste des ersten Kennenlernens konnten wir die Vertreterinnen der Business Professional Women (BPW), des Verbandes deutscher Unternehmerinnen (VdU), der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) und von Schöne Aussichten begrüßen.

Unserer Vorstellung nach gibt es in Berlin ein Forum, ein Netzwerk unter Frauennetzwerken, in dem wir uns darüber auszutauschen können, was wir berufstätigen Frauen, Selbständige, Freiberuflerinnen und leitende Angestellte brauchen, um wirtschaftlich erfolgreich tätig zu sein oder zu werden. Diese Idee eines gemeinsamen Austausches wurde von den Anwesenden gerne aufgenommen, und soll fortgeführt und erweitert werden.

Ein Thema, welches uns dabei immer wieder begegnet, ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zwar wollen nicht alle Frauen Kinder, diejenigen aber, die positiv dazu stehen, empfinden sehr schnell die Schwierigkeit, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen. Hier ist erhebliches Organisationstalent gefragt, da die Arbeitszeit in aller Regel nicht zu den Öffnungszeiten von Kindergärten oder Schulen passt. Die Europäische Akademie setzt sich für Ganztags-Schulen ein, und lud zu der passenden Veranstaltung im Juni.

Ein weiteres Thema: Selbstdarstellung und Fremdbild. Was brauchen Frauen in der Wirtschaft und wie bekommen wir es? Gibt es dazu gemeinsame Vorstellungen in den verschiedenen Verbänden, unter Angestellten und Selbständigen? Wirtschaften Frauen anders als Männer? Und wie bekommen wir die Öffentlichkeit, die uns nicht als arme, bemitleidenswerte und förderungsbedürftige Frauen, sondern als wirtschaftlich aktive, starke Frauen darstellt?

Ein nächstes Treffen dieser Art soll spätestens im Herbst dieses Jahres stattfinden. Zu diesem Treffen wollen wir gerne weitere Verbände, aber auch Vertreter von Politik und Wirtschaft einladen.

Es herrschte aber auch Einvernehmen darüber, dass wir uns – unabhängig von solchen Treffen – bei der täglichen Arbeit informieren, austauschen und unterstützen.

Wer weitere Informationen zu den Netzwerken sucht, wird unter folgenden Internetseiten fündig:

Allgemeine Internetnetzwerke: www.women.de; www.u-netz.de

Zu den o.g. Verbänden: www.bfbm.de; www.bpw-germany.de; www.vdu.de; www.schoene-aussichten.de; www.eaf-berlin.de

Literatur zu Frauen in der Wirtschaft:

Anni Hausladen/Gerda Laufenberg, Die Kunst des Klüngelns, Erfolgsstrategien für Frauen, Wunderlich-Verlag (Rowohlt), ISBN 3 8052 0676 3

Lynne Franks, Weiblich Wirtschaften, Der kreative Weg zu Selbständigkeit und geschäftlichen Erfolg, Riemann Verlag, ISBN 3-570-50013-6

v.i.s.d.p.

Claudia Stoldt, Rechtsanwältin

Tel.: 030/787 087 14

Fax: 030/787 087 15

berlin@bfbm.de

Deutscher Frauenbund für eine alkoholfreie Kultur

Wir sind ein Zusammenschluss von Frauen, die aus Überzeugung oder persönlicher Betroffenheit sich für eine vorbeugende Aufklärungsarbeit auf dem Gebiet des Alkoholmissbrauchs einsetzen. Wir leisten Präventionsarbeit gegen die enthemmende und zu Gewaltbereitschaft neigende Wirkung des Alkohols und seine Folgen.

Der Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur e.V. sieht seine Aufgaben vor allem darin, eine alkoholfreie Lebensweise zu fördern und attraktive Alternativen aufzuzeigen, z.B. alkoholfreie Rezepte und Drinks.

- Wir weisen in Referaten und Vorträgen auf die Trink(un-)sitten in unserer Gesellschaft hin.
- Wir entwickeln entsprechende Broschüren und Faltblätter für diese vorbeugende Arbeit.
- Wir servieren auf öffentlichen und privaten Veranstaltungen alkoholfreie Mixgetränke und zeigen so, dass eine alkoholfreie Lebensweise gesund, vielseitig und gesellschaftsfähig ist.
- Alkohol sollte niemals: am ungeeigneten Ort (Steuer, Arbeitsplatz, Kindergarten) zu ungeeigneter Zeit (nicht am Tage, bei Stress, bei der Arbeit) von ungeeigneten Personen (Kindern, Jugendlichen, Kranken, Schwangeren) getrunken werden.

Es sollte zur Selbstverständlichkeit werden, überall alkoholfreie Alternativen vorzufinden. Die Qualität eines Festes sollte niemals nach dem Weinjahrgang oder der Biermarke gemessen werden, sondern nach seinem Inhalt.

Die Trinksitte, immer, überall und zu jeder Gelegenheit Alkohol zu trinken, sollte entsprechend entgegengewirkt werden. Sekt am frühen Morgen z.B. und große Alkoholgelage sollten einfach nicht mehr „in“ sein.

Wir führen Seminare für die Persönlichkeitsentwicklung der Frau durch.

Der Verein wurde im Jahre 1900 in Bremen gegründet und ist u.a. Mitglied

- der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren – DHS –
- des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV)
- des Deutschen Frauenringes
- der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Abstinenzverbände – AGAV –
- des Paritätischen Bildungswerkes

Der Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur gehört ferner der größten und ältesten Frauenorganisation von internationaler Bedeutung an, dem „Weltbund Christlicher Abstinenter Frauen (WWCTU), in dem 35 Nationen vertreten sind.

Unsere Arbeit wird ehrenamtlich geleistet.

Wir haben Mitglieder mit und ohne Alkoholabstinenzverpflichtung.

Anneliese Wolf (1. Vorsitzende)
 Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur e.V.
 Landesverband Berlin e.V.
 Landshuter Str. 11/12
 10 779 Berlin e.V.
 Telefon & -fax: 030 / 21 47 61 49

LFR Nachrichten

Berliner Haushalt im Sanierungsstress

Eine Übersicht über die wichtigsten Sanierungsmaßnahmen aus dem Doppelhaushalt 2002/2003 hat die Senatsverwaltung für Finanzen kürzlich in einer Pressemitteilung gegeben. Darin sind die Einsparungsvorhaben für verschiedene Senatsverwaltungen dokumentiert:

Die Senatsverwaltung für Bildung- Jugend und Sport hat den Abbau der Zuschüsse für Privatschulen um je 2 Prozent der vergleichbaren Personalausgaben in den Jahren 2003 und 2004, maximal jedoch 100 Prozent der tatsächlichen Personalkosten beschlossen.

Die Bäderbetriebe müssen eine Reduzierung der Zuschüsse, Schließungen und eine Anhebung der Eintrittspreise verkraften.

Das Sport- und Erholungszentrum Berlin (SEZ) wird ab Ende 2002 nicht mehr bezuschusst.

Wie der Senator der neuorganisierten Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Gregor Gysi, unterstrich, sind in diesem Jahr 192 Millionen Euro für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Ausbildungsförderung, Qualifizierung, Lohnkostenzuschüsse bis zu ABM) vorgesehen. Im nächsten Jahr werden es 188 Millionen Euro sein.

Angesetzt waren in diesem Jahr 203 Millionen Euro, die aber nicht alle ausgeben wurden.

Der winzige Frauenetat von 12,5 Millionen Euro für 2002 und 2003 konnte gehalten werden.

Die Abteilung Frauen fördert gegenwärtig 90 Projekte mit durchschnittlichen Summen von 100.000 bis 150.000 Euro pro Jahr. Die Bereiche umfassen berufliche Qualifizierung, Forschung und Lehre, Antigewaltarbeit (allein 6 Millionen Euro gehen in diesen Bereich), Migrantinnen und Selbsthilfeprojekte.

Runder Tisch zog Bilanz über BIG

Der Runde Tisch des Berliner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt (BIG) zog Ende März Bilanz seiner Arbeit. Das Projekt ist Ende des vergangenen Jahres ausgelaufen. Mit BIG ist es gelungen, neue Konzepte zur wirksameren Bekämpfung häuslicher Gewalt zu entwickeln und bundesweit Maßstäbe zu setzen. Maßnahmen im polizeilichen, straf- und zivilrechtlichen sowie im sozialen Bereich sind vernetzt worden und ermöglichen heute ein abgestimmtes und effektives Vorgehen.

Diese gute Zusammenarbeit hat auch dazu beigetragen, dass der "Berliner Aktionsplan zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt" am 5. März 2002 vom Senat verabschiedet werden konnte. Er ergänzt den entsprechenden Aktionsplan der Bundesregierung für die Berliner Landesebene. Der Aktionsplan beinhaltet ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung und zum Abbau von häuslicher Gewalt und bündelt die Maßnahmen aller relevanten Arbeitsbereiche. Seit dem 1.1.2002 führt die "Koordinierungs- und Clearingstelle häusliche Gewalt" der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen die effektive Bekämpfung von Gewalt fort.

Ausgezeichnetes Lebenswerk

Deutscher Bücherpreis geht an Christa Wolf

Die Schriftstellerin Christa Wolf erhält für ihr Lebenswerk den erstmals verliehenen Deutschen Bücherpreis 2002. In der Begründung für den Preis heißt es, Christa Wolf habe in einzigartiger Weise die Schicksale der Menschen im geteilten Deutschland aufgegriffen und exemplarisch gestaltet. Sie habe sich „mutig in die großen Debatten der DDR und des wiedervereinigten Deutschland eingemischt“, Ohne auf ihre historische Ansprache bei der Demonst-

ration auf dem Alexanderplatz fünf Tage vor dem Fall der Mauer einzugehen, heißt es weiter, Christa Wolf habe „als Autorin wie als Beteiligte die großen Fragen ihrer Zeit aufgegriffen und versucht, über den Tag hinaus gültige Antworten zu geben“. Der undotierte Preis wird am 21. März im Rahmen der diesjährigen Leipziger Buchmesse an die 72-jährige Schriftstellerin vergeben, die mit Romanen wie „Der geteilte Himmel“ (1963), „Nachdenken über Christa T.“ (1968) oder „Kassandra“ (1983) große Resonanz erzielte. Für ihr literarisches Schaffen war Christa Wolf bereits mit dem Heinrich-Mann-Preis ausgezeichnet worden.

In Leipzig werden in acht weiteren Kategorien Preise vergeben, deren Träger aber erst am Tag der Verleihung bekannt gegeben werden. Die Preisträger erhalten eine von Günther Grass gestaltete Bronzeplastik mit dem Titel „Butt im Griff“. Erstmals in der Geschichte des Deutschen Buchhandels soll am 21. März auch ein Publikumspreis an den beliebtesten Autor des Jahres verliehen werden. AP/epd

(Berliner Morgenpost, 5. Februar 2002, S. 16)

Bei Mammografie auf Zertifizierung nach europäischen Grenzwerten achten

Schon über 800 Mammografieeinrichtungen in ganz Deutschland haben sich im Qualitäts-Ring-Radiologie zertifizieren lassen. Ab 2002 müssen nun die noch strengeren europäischen Grenzwerte für Bildqualität und Strahlendosis eingehalten werden.

Das neue QRR-Prüfzertifikat an Mammografiegeräten bedeutet für die Frauen, dass sie mit qualitätsgesicherten Geräten untersucht werden. Sie erfüllen hohe Anforderungen an die Bildqualität, und bieten mehr Sicherheit beim Erkennen von Gewebsveränderungen. Sie arbeiten zudem mit einer garantiert niedrigen Strahlenbelastung und mindern somit das eventuelle Strahlenrisiko. Die Zertifizierung erfolgt durch die unabhängige Gesellschaft für Qualitätssicherung in der Medizintechnik mbH. Sie überprüft, ob Mammografiegeräte den Grenzwerten aus den europäischen Leitlinien für Brustkrebsfrüherkennungsprogramme entsprechen. Das Zertifikat wird jährlich neu vergeben. Die Zertifizierung erfolgt auf freiwilliger Basis der Ärzte und Ärztinnen.

Welche Ärzte und Ärztinnen mit entsprechend überprüften Geräten arbeiten, kann man z.B. über die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg erfahren, die über eine bundesweite Liste verfügt, abzurufen über deren Homepage www.verbraucherzentrale-bawue.de. Auch der QRR hat auf seiner Homepage unter www.qrr.de alle zertifizierten Mammografieeinrichtungen aufgelistet. Hier findet man auch weitere wichtige Informationen zu den Themen Brustkrebs und Mammografie. Diese Qualitätsoffensive in der Brustkrebsdiagnostik wird vom Berufsverband der Deutschen Radiologen und dem Berufsverband der Frauenärzte mitgetragen. Beide Berufsverbände raten den Frauen bei der Mammografie auf das QRR-Zertifikat zu achten. (Pressemitteilung der Gesellschaft für Qualitätssicherung in der Medizintechnik mbH, (Gqmed))

Novellierung des Mutterschutzrechtes

Das deutsche Mutterschutzrecht entspricht nicht in jeder Hinsicht der europäischen Mutterschutzrichtlinie. Die Bundesregierung hat deshalb im Dezember 2001 ein „Zweites Gesetz zur Änderung des Mutterschutzrechts“ auf den Weg gebracht. Künftig sollen die Schutzfristen von sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung den Müttern stets, auch bei vorzeitigen Geburten, in vollem Umfang zugute kommen. Ferner sollen Ausfallzeiten, in denen schwangere Frauen wegen eines Beschäftigungsverbots nicht arbeiten dürfen, bei der Berechnung des Jahresurlaubs wie Beschäftigungszeiten zählen. Außerdem können Frauen, die einem Beschäftigungsverbot unterliegen, ihren Urlaub aber vorher nicht mehr vollständig

in Anspruch genommen haben, den Resturlaub nun auch noch nach Ablauf der Schutzfristen sogar im drauffolgenden Urlaubsjahr nutzen. Die geplanten Änderungen werden die Lasten, die den Arbeitgebern durch den Mutterschutz entstehen, geringfügig erhöhen. Die Gesetzesnovelle befindet sich derzeit im parlamentarischen Verfahren.

(aus: „frauen im dbb. Informationsdienst der dbb-Bundesfrauenvertretung. Nr.: 03/2002)

Männer beziehen doppelt so hohe Rente wie Frauen

Männer beziehen im Alter nach offiziellen Zahlen durchschnittlich noch immer doppelt so hohe Renten wie Frauen. Auch liegen die Rentenbezüge in den neuen Ländern höher als in den alten. Dies gehe aus dem Alterssicherungsbericht 2001 der Regierung hervor, berichtete der Pressedienst des Bundestags in Berlin.

Danach zahlten die gesetzlichen Rentenkassen am Stichtag 1. Juli 1999 an über 65-jährige Männer in den alten Ländern im Durchschnitt 1830 Mark (935,66 Euro) Monatsrente. Westdeutsche Rentnerinnen bezogen dagegen nur 784 Mark. In Ostdeutschland erhielten Männer im Durchschnitt eine Altersrente von 2084 Mark und Frauen von 1131 Mark.

Die gesetzlichen Rentenkassen gaben der Mitteilung zufolge 1999 insgesamt 409,7 Milliarden Mark aus. Das seien rund elf Prozent des Bruttosozialprodukts gewesen. Danach nahmen die Rentenkassen 419,3 Milliarden Mark ein. Davon stammten 74,9 Prozent aus Rentenbeiträgen und weitere 23,2 Prozent aus Zuschüssen des Bundes. (dpa)

Europarat fordert härteres Vorgehen gegen Frauenhandel

Ein härteres Vorgehen gegen Frauenhandel hat der auch der Europarat in Straßburg gefordert. Immer mehr Frauen und Mädchen aus Osteuropa, aber auch Asien und Afrika, würden von Händlerringen nach Westeuropa gebracht und dort sexuell ausgebeutet, stellte die Parlamentarische Versammlung des Staatenbundes in einer Entschließung fest. Frauenhandel und sexuelle Ausbeutung sollten in allen Ländern als Verbrechen gelten, fordert der Europarat.

Nach Angaben der sozialistischen Abgeordneten Lydie Err aus Luxemburg schleusten Schlepperbanden in den vergangenen Jahren über 500.000 Frauen aus Mittel- und Osteuropa in den Westen.

Der Frauenhandel sei somit zur profitablen Einkommensquelle des organisierten Verbrechens geworden. Was den Umsatz dabei angehe, rangiere der Frauenhandel auf Platz drei hinter dem Waffen- und Drogenhandel. Fehlende Grenzkontrollen innerhalb Europas erleichterten den Schleusern ihr Vorgehen.

Vorstellung der neuen Geschäftsführerin des LFR

Ich heiße Petra Steinke, bin 35 Jahre alt, ledig und echte Berlinerin. Über die Verbandsarbeit im Katholischen Deutschen Frauenbund, der im Landesfrauenrat Berlin Mitgliedsverband ist, habe ich im September 2001 von der Stellenausschreibung erfahren und mich beworben. Heute freue ich mich, dass der Vorstand mich für die Arbeit der Geschäftsführerin ausgewählt hat und arbeite nun, seit dem 1. Januar 2002, in der Geschäftsstelle des Landesfrauenrates Berlin, wo Sie mich fortan von montags bis donnerstags unter der Nummer 785 70 10 erreichen können.

Ich bin studierte Philologin (Sprach- und Literaturwissenschaftlerin) und habe bisher als Dozentin an der Volks- und Fachhochschule gearbeitet, wo ich in den Fachbereichen Deutsch

als Fremdsprache und Literatur unterrichtet habe. Da ich sehr gerne schreibe, freue ich mich besonders auf die nun regelmäßige Erstellung und Herausgabe von *Wir Berlinerinnen*.

Ich freue mich darauf, Sie und Ihre Verbände kennen zu lernen. Gerne nehme ich auch Ihre Ideen und Artikel mit in die Ausgaben von *Wir Berlinerinnen* mit auf.

Petra Steinke

LFR Kultur und Medien

Büchertipps

Christine Heinze: Frauen auf Erfolgskurs mit Mentoring

Mentoring, die berufliche und persönliche Förderung durch eine oder mehrere erfahrene Kolleginnen ist ein gutes Mittel, sich weiterzuentwickeln und der Karriere einen Kick zu geben.

Der Erfolgsleitfaden von **Christine Heinze** zeigt die Vielfalt der Mentoring-Möglichkeiten.

Dieses Buch richtet sich daher gezielt an Frauen, die selbst eine für sie sinnvolle Mentoring-Partnerschaft initiieren wollen - egal ob als Schülerin, Studentin, Berufsanfängerin, -aufsteigerin, -umsteigerin und Wiedereinsteigerin einerseits oder als berufserfahrene Frau, die ihre Kenntnisse weitergeben möchte, andererseits.

Herder Spektrum Taschenbuch, ISBN 3-451-05118-4, 9.90 Euro

Rentenratgeber für Frauen

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Christine Bergmann und Bundesarbeitsminister Walter Riester appellieren an die Frauen, sich über ihre Alterssicherung zu informieren und um sie zu kümmern. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Berliner Dienstsitz des Bundesarbeitsministeriums stellten die beiden Kabinettsmitglieder einen „Rentenratgeber für Frauen“ vor, der von beiden Ministerien herausgegeben wird. Die 148-seitige Broschüre informiert umfassend über Rente, Zusatzversorgung, über die Rente in Verbindung mit verschiedenen Beschäftigungsformen, über Kindererziehung und Rente sowie über das neue Recht der Hinterbliebenenversorgung. Ein umfangreicher Adressteil sowie ein Glossar, das die wichtigsten Begriffe rund um die Rente erläutert, machen die Broschüre zu einem praktischen Nachschlagewerk.

Der kostenlose Rentenratgeber für Frauen kann unter der Bestellnummer A 270 angefragt werden:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung –

Referat Information, Publikation, Redaktion

Postfach 500 – 53105 Bonn

Fax unter 0180 / 51 51 51 1 (0,24 DM / Min.)

oder telefonisch unter 0180 / 51 51 51 0 (0,24 DM / Min.)

E-Mail: info@bma.bund.de

Internet: www.bma.bund.de

Aktueller Veranstaltungskalender des LFR-Berlin

27. Mai, 18" Uhr, Plenarsitzung, Die neue Regierungsbildung und die Chancengleichheit für Frauen, Referent: Senator Dr. Gysi, Veranstaltungsort: Geschäftsräume des LFR.

28. Juni, 16" Uhr, Frauentour: Marlene Dietrich und die 20er Jahre am Kurfürstendamm. Geführter Spaziergang zwischen Uhlandstraße und Gedächtniskirche mit anschließendem Kaffeetrinken. Frühzeitige Anmeldung erbeten.

8. Juli, 15" Uhr, Besuch in der Landesvertretung Bremen (Vortrag, Gespräch, Führung). Frühzeitige Anmeldung erbeten.

Wirkstoff e.V. – Bildungsträger für Frauen bietet Kurse an:**PC-Kurse:**„Internet –Einstieg und Nutzung“

Vom 7. 05. bis 04. 06. 2002

Abendkurs : jeweils dienstags von 17:30 bis 20:40 Uhr , Preis: 150 Euro.

Tageskurs: Vom 13. 05. bis 17. 05. 2002

Von 9:00 bis 14: 30 Uhr, Preis: 210 Euro.

„Webseitengestaltung mit HTML“

Grundkurs

Tageskurs :21. 5. bis 24. 05. 2002

Von 9:00 bis 15: 00 Uhr, Preis: 210 Euro.

Einführung in Photoshop

Tageskurs: 03. 6. bis 07. 06. 2002, Preis: 280 Euro.

Photoshop Aufbaukurs

Tageskurs: 10. 06. bis 14. 06. 02, 280 Euro.

Seminar:Workshop „Persönliche Karriere- und Lebensplanung für Frauen“

Termin: 30./ 31. 05. 2002 von 9:00 bis 16:00 Uhr, Preis: 82 Euro.

Für die Entstehung dieser Ausgabe danken wir:

Den Frauen von Wirkstoff e.V., Frau Thiel und Frau Kurtze, die uns einen neuen Computer zur Verfügung gestellt haben, sowie insbesondere Frau Hartmann, die ihn angeschlossen hat (und im übrigen ab 1. Juli eine Stelle als IT-Systemelektronikerin (Systemadministration) sucht!); sowie allen Frauen, die einen Artikel geschrieben haben.

Unser Dank geht auch an Frau Geisler, die geholfen hat, die inländischen und ausländischen Nachrichten zusammen zustellen sowie an Frau Feldhorst und Frau Schmidt von wisa - Agentur für wissenschaftliche Arbeiten GbR, die an der Konzeption und beim Layout mitgearbeitet haben. Und, last but not least, an Frau Kappel (Bundesverb. für Sekretariat und Büromanagement), die beim Vervielfältigen und Versenden von *Wir Berlinerinnen* geholfen hat.

Impressum**Herausgeberin:**

Landesfrauenrat Berlin e.V.

Tempelhofer Damm 2

12 101 Berlin e.V.

Telefon & -fax: 030 / 785 70 10

e-Mail: lfr-berlin@t-online.de

Redaktion: Petra Steinke

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Landesfrauenrates dar.

Das Mitteilungsblatt *Wir Berlinerinnen* kann jede/r abonnieren, auch einzelne Mitglieder der Verbände. Wir bitten um Ihr Verständnis das wir hierfür einen Kostenbeitrag von 15 Euro (für vier Ausgaben pro Jahr) erheben müssen.

Wir freuen uns über jeden Artikel, den Sie uns zum Abdruck in *Wir Berlinerinnen* zur Verfügung stellen, auch Einladungen zu anstehenden Veranstaltungen drucken wir gerne ab. Rufen Sie uns unter 785 70 10 an.

Die vorliegende Broschüre ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchungen der Bundesregierung zur Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist als Informationsgrundlage für die Öffentlichkeit und für die Entscheidungsträger der Bundesregierung und der Länder konzipiert. Die Broschüre ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil enthält allgemeine Informationen über die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Der zweite Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Bundesländern. Der dritte Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen. Die Broschüre ist in deutscher Sprache verfasst und ist in deutscher Sprache erhältlich.

Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland

Die vorliegende Broschüre ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchungen der Bundesregierung zur Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist als Informationsgrundlage für die Öffentlichkeit und für die Entscheidungsträger der Bundesregierung und der Länder konzipiert. Die Broschüre ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil enthält allgemeine Informationen über die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Der zweite Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Bundesländern. Der dritte Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen. Die Broschüre ist in deutscher Sprache verfasst und ist in deutscher Sprache erhältlich.

Die vorliegende Broschüre ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchungen der Bundesregierung zur Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist als Informationsgrundlage für die Öffentlichkeit und für die Entscheidungsträger der Bundesregierung und der Länder konzipiert. Die Broschüre ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil enthält allgemeine Informationen über die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Der zweite Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Bundesländern. Der dritte Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen. Die Broschüre ist in deutscher Sprache verfasst und ist in deutscher Sprache erhältlich.

Die vorliegende Broschüre ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchungen der Bundesregierung zur Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist als Informationsgrundlage für die Öffentlichkeit und für die Entscheidungsträger der Bundesregierung und der Länder konzipiert. Die Broschüre ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil enthält allgemeine Informationen über die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Der zweite Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Bundesländern. Der dritte Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen. Die Broschüre ist in deutscher Sprache verfasst und ist in deutscher Sprache erhältlich.

Die vorliegende Broschüre ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchungen der Bundesregierung zur Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist als Informationsgrundlage für die Öffentlichkeit und für die Entscheidungsträger der Bundesregierung und der Länder konzipiert. Die Broschüre ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil enthält allgemeine Informationen über die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland. Der zweite Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Bundesländern. Der dritte Teil enthält Informationen über die Arbeitslosen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen. Die Broschüre ist in deutscher Sprache verfasst und ist in deutscher Sprache erhältlich.